

Mit links regieren?

Weshalb das nahe Liegende doch so fern ist / von Dieter Rulff

Nachdem in Hamburg und Hessen gewählt worden war, beklagt der Doyen der deutschen Politikwissenschaft Wilhelm Hennis, dass „einem Beobachter, der nicht von fanatischem Parteigeist infiziert ist, nur schwer begreiflich zu machen (ist), wieso (...) ernst zu nehmende Probleme der parlamentarischen Mehrheitsbildung anstanden, die, kaum das gewählt war, Neuwahlen rechtfertigen konnten“.

Das war 1982. In beiden Fällen waren die „ernst zu nehmenden Probleme der parlamentarischen Mehrheitsbildung“ durch den Einzug der Grünen verursacht worden und es sollten in Hessen 19 und in Hamburg 6 Monate vergehen und jeweils eine Neuwahl erforderlich sein, bis wieder ein handlungsfähiger Regierungschef feststand. In Hessen wurde die Krise letztendlich durch die Beteiligung der Grünen an der Regierung gelöst, in Hamburg konnte sich die SPD im zweiten Durchgang wieder ihre alte Mehrheit sichern. Jahre später ging auch sie eine Koalition mit den Grünen ein.

Die Schwierigkeiten eines eingefahrenen Parteiensystems mit einem neuen Spieler sind also nicht neu; ebenso wenig, dass dieser zunächst als Veto-Spieler die Bühne betritt. Seinerzeit hat Holger Börner bewiesen, dass mangelnde Regierungsfähigkeit zwar eine zutreffende Charakterisierung aber damit noch kein hinreichender Grund ist, sich dem Newcomer zu verschließen. Die Geschichte gab ihm Recht.

Warum sollte der SPD also, was ihr in den Achtzigern bei den Grünen Recht war, heute bei der Partei „Die Linke“ nicht billig sein. Zumal nicht nur die Linke in der SPD und bei den Grünen seit Wochen nicht müde werden, die „größeren Gemeinsamkeiten“ eines rot-rot-grünen Bündnisses zu betonen und sich dabei im Einklang sehen mit einem allgemeinen gesellschaftlichen Linkstrend, von dem sich mittlerweile auch die Union beeindruckt zeigt. Die Dementis der Parteizentralen klingen verdrückt, sie signalisieren keine Haltung sondern sind von taktischen Erwägungen oder personellen Aversionen geprägt – weshalb ihre Halbwertszeit eher gering zu veranschlagen ist.

Warum also sollte sich die Geschichte nicht wiederholen, zumal sie sich nach wie vor auf das gleiche strategische Primat berufen kann?

Am Abend der hessischen Landtagswahl 1982 brachte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt das Wort von der „Mehrheit diesseits der Union“ in Umlauf. Obgleich er offen ließ, ob damit lediglich eine arithmetische Banalität oder eine strategische Option gemeint war, stand damit die Orientierung der SPD für die kommenden zwei Jahrzehnte fest. Das Zitat hat jedoch eine

kehrseitige Ergänzung, die – ebenfalls von Willy Brandt – fünf Jahre später, anlässlich des Bundestagswahlkampfes von Johannes Rau, formuliert wurde: „37 Prozent sind auch ein schönes Ergebnis“. Zeitloser formuliert: Die SPD hat mit dem Auftreten der Grünen ihre Fähigkeit zur absoluten Mehrheit weitgehend eingebüßt.

Seitdem misst sie umso intensiver ihre relative Mehrheit an der Union. Dass dabei der anhaltende Substanzverlust beider Parteien in den Hintergrund rückt, ist ein angenehmer optischer Nebeneffekt.

Mit dem Auftreten der Partei „Die Linke“ ist nun auch diese relative Mehrheit nachhaltig bedroht.

Nicht nur die Umfragen und Wahlergebnisse deuten auf diese Entwicklung hin. Damit einher geht eine Zäsur, die für das aktuelle sozialdemokratische Empfinden nicht unerheblich ist: Die beiden Volksparteien trennen in ihrem Niedergang gerade mal noch gut 3000 Mitglieder und so der Trend anhält wird die CDU die SPD in absehbarer Zeit an Größe übertreffen. Das ist dann in der bundesdeutschen Geschichte erstmalig und für die 145jährige Mitgliederpartei par excellence besonders bitter.

Diese Bitternis macht die Gereiztheit verständlich, mit der die SPD auf die Partei „Die Linke“ reagiert, fühlt sie sich doch durch deren Agitieren – namentlich aus dem Munde Oskar Lafontaines – permanent an die eigene Tradition und ehemalige Größe gemahnt.

Doch um deren Rest zu wahren, neigt sie dazu, ihm nach dem Mund zu reden. Derzeit ist ein eigentümlicher Wettbewerb darum zu beobachten, wer die wahre Linke im Lande ist. Eine kritische Würdigung des Begriffs innerhalb der drei sich so definierenden Parteien findet allenfalls noch mit Rückblick auf die diktatorischen Wurzeln der Partei „Die Linke“ statt. Doch nach achtzehn Jahren taugt auch das kaum mehr, gut von schlecht zu scheiden. Das Eigentümliche an diesem Wettbewerb ist, dass die Siegerin schon feststeht. Die Partei „Die Linke“ erweist sich als die bessere Schülerin Gramscis. Sie hat zwar an dem potenziellen Bündnis den kleinsten Anteil, aber die diskursive Hegemonie.

Schaut man sich die letzten Parteitage der Grünen und der SPD an, so ist die Drift unverkennbar. Bereits in Göttingen haben die Delegierten der Grünen außenpolitisch einen Schwenk zum pazifistischen Kurs der Partei „Die Linke“ vollzogen – obgleich die Wählerschaft weit mehr militärische Einsatzbereitschaft zeigte. Die verteilungspolitischen Entscheidungen des Hamburger Parteitag der SPD wie des Nürnberger der Grünen reagierten auf ein innerparteiliches Unbehagen, das zwar schon lange wahrgenommen, aber erst ernst genommen wurde, als es mit dem Auftreten der Partei „Die Linke“ eine neue machtpolitische Dynamik bekam. Das rot-rot-grüne Bündnis, das von seinen Protagonisten als Offensive unter

den Bedingungen eines Fünf-Parteien-Systems verkauft wird, ist bei den beiden etablierten Akteuren aus dem Geist der Defensive geboren.

Da weder SPD noch Grünen ihre gemeinsame Regierungszeit in die jeweilige Parteierzählung eingewoben haben, da beide sich überzeugt gezeigt haben, dass aus dieser Praxis kein Programm erwachsen kann sondern Wählerschwund erwachsen ist, sind sie umso hilfloser, je mehr die Partei „Die Linke“ an Wählerzuspruch erhält. Außenpolitische Kontinuität wird vor allem noch zu Schröders „Nein“ zum Irakkrieg gewahrt, Nachhaltigkeit ist als Handlungsprinzip wieder auf den Bereich der Umweltpolitik reduziert und von strukturellen Reformen ist vornehmlich dort die Rede, wo sie nicht in die Kompetenzen des Bundes fallen. Ein zuverlässiges Bild dessen, welche Veränderungen sich künftig mit rot und grün verbinden sollen, lässt sich so nicht gewinnen, kein Maß dafür, wie viel zu wessen Gunsten und Lasten umverteilt wird, welche Aufgaben dem Staat zuwachsen, und welchen Anforderungen sich der Bürger stellen muss.

Was ein Disput um die Sache wäre, ist sowohl bei SPD als auch bei den Grünen mit dem Auftritt der Partei „Die Linke“ zu einer Richtungsentscheidung geworden. Entsprechend sortiert sich bereits das Führungspersonal. Als Jürgen Trittin ein erstes rot-rot-grünes Bündnis im Saarland prognostizierte, wollte er damit auch eine Richtung vorgeben, in die vor allen anderen Leitfiguren er die Grünen führen könnte.

Der Drift zu einem Linksbündnis ist unverkennbar. Doch wenn Geschichte sich wiederholt, droht sie bekanntlich schnell, eine Farce zu werden. Die Grünen gingen Ende der siebziger Jahre aus sozialen Bewegungen hervor, dieses Milieu gab der fragilen „Anti-Partei“ in den ersten Jahren den überlebensnotwendigen Rückhalt. Ihr Postmaterialismus strahlte auch auf die anderen Parteimilieus ab, Ökologie wurde zum allgemeinen Anliegen.

Die Partei „Die Linke“ im Westen ist eher ein Ableger des linkssozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Milieus der neunziger Jahre. Ihre Programmatik weist kaum über die entsprechenden Positionierungen hinaus. Ihre soziale Basis ist dünn, ihren sozialen und organisatorischen Rückhalt hat sie im Osten. Der gemeinsame Nenner der Linken in West und Ost ist eine Staatsbedürftigkeit, die in einem nationalen (Ost-West) und einem sozialen (arm-reich) Gerechtigkeitsdiskurs ihre Ausgangspunkte hat.

SPD wie Grüne gehen davon aus, dass sich die sozialen Gerechtigkeitsvorstellungen der Partei „Die Linke“ sowenig mit einer Mehrheit diesseits der Union realisieren lassen, wie in 18 Jahren Einheit den Gerechtigkeitsvorstellungen der PDS gefolgt wurde. Doch sowenig wie diese deshalb einging, wird jene auf Grund der Enttäuschung absterben. Man kann es vielmehr als einen Fehler des damaligen rot-grünen Bündnisses ansehen, dass es diese

Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft über weite Strecken als fürsorgestaatliche Anspruchshaltung denunzierte statt daraus eine zeitgemäßere Fassung eines vorsorgenden Sozialstaates zu entwickeln, als sie diesen mit der Agenda 2010 ins Werk setzte. Nun verfallen SPD und Grüne wieder in eine Sprache sozialer Fürsorge und hoffen dadurch, sich die Wähler der Partei „Die Linke“ einverleiben zu können. Doch in diesem Paternalismus ist das Scheitern bereits angelegt. Denn selten hat Regierungshandeln zur Pädagogik getaugt; ist es schlecht, fällt das auf alle Partner zurück. Die Geschichte rot-grüner Koalitionen ist reich an Beispielen.

Statt um das linke Erstgeborenenrecht zu ringen, und sich wechsel- und wahlweise des Utopismus und Neoliberalismus zu bezichtigen, wäre erst einmal die sozialen Basis eines Linksbündnisses auf ihre Stabilität und Verbreiterung hin zu prüfen.

Als die Grünen 1980 die politische Arena betraten, konnte die SPD noch knapp 38 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen. Es folgte ihr Niedergang, der bei der Bundestagswahl 1998 unterbrochen wurde, als 33,2 Prozent reichten, um zusammen mit den Grünen die Regierung zu stellen. Diesen Sieg hatte sie weitgehend ihrer Mitte-Strategie zu verdanken, sie ermöglichte den entscheidenden Einbruch in das christdemokratische Wählerpotenzial.

Für die aktuelle Debatte um eine Mehrheit diesseits der Union aufschlussreicher sind allerdings die 42,7 Prozent der Wahlberechtigten, welche 1998 die drei darunter firmierenden Parteien erreichten. Denn diese Zahl war 2005 auf 39,1 geschrumpft, ein Trend, der trotz allem öffentlichen Gerede vom Linksruck, auch bei den Landtagswahlen danach angehalten hat. In Hessen, wo der Linkstrend die Debatte um ein entsprechendes Bündnis anheizte, sackten sie von 39 Prozent auf 30,9 Prozent. Hier wie in Niedersachsen konnte sich die Partei „Die Linke“ allerdings besser behaupten, als bei den Landtagswahlen zuvor, bei denen sie zum Teil dramatische Verluste hatte. Sie profitierte von der Schwäche der SPD und augenscheinlich von der Aufmerksamkeit, die ihr durch den neuen Kurs des Vorsitzenden Kurt Beck zugewachsen ist. Ähnliches lässt sich auch über das Verhältnis zu den Grünen sagen, von denen frühere Wähler gleichermaßen zur SPD wie zur Partei „Die Linke“ wanderten.

Nimmt man noch hinzu, dass die SPD in Hessen in einem geringerem Maße als die CDU ihr Wählerpotenzial von 2005 wieder aktivieren konnte, so erweist sich die Mehrheit diesseits der Union als ein Projekt, bei dem die geringeren Verluste der Partei „Die Linke“ auf Kosten größerer Verluste der SPD und der Grünen erzielt wurden. Wollte es jedoch strategisch erfolgreich sein, müsste sich dieses Projekt zumindest teilweise in eine win- win- Formation

wandeln, es müsste auf Wähler aus dem bürgerlichen Lager ausstrahlen. Den Grünen ist dies in ihren frühen Jahren gelungen, weil sie überwiegend dem gleichen Milieu entstammten, darin gleichsam eine idealistische Strömung verkörperten. Doch eine Beteiligung der Partei „Die Linke“ an einer möglichen Koalition dürfte auf das Bürgertum eher abschreckend wirken. Im Westen existieren keine sozialen Verbindungen zwischen den Milieus. Und auch wenn die „Kommunistenfurcht“ früherer Jahre kaum noch mobilisierende Wirkung entfaltet, gegenüber Politiken der Umverteilung haben nicht nur die Besserverdienenden der FDP sondern auch die Leistungsträger von CDU, SPD und Grünen ein sensibles Sensorium entwickelt.

Deshalb würde ein dezidiertes Bekenntnis zu einem Links-Bündnis bei SPD und Grünen Teile der Wählerschaft verschrecken. Nicht umsonst genießt das rot-rot-grüne Bündnis in Umfragen innerhalb der Bevölkerung eine geringe Akzeptanz. Es sind die jeweiligen Parteiaktiven, die darin eine Perspektive sehen, weniger jedoch die Wählerschaften.

Dem widerspricht auch nicht der konstatierte gesellschaftliche Linkstrend. Er erschöpft sich bei genauerer Prüfung in einer wieder gewachsenen Akzeptanz tradierter Gerechtigkeitsvorstellungen, ohne dass sich damit ein neuer Gesellschaftsentwurf verbindet. Er signalisiert gleichwohl eine Veränderung der Ideenkonjunktur. Die angebotsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von ihren Gegnern auf den ideologischen Nenner des „Neoliberalismus“ gebracht wurde, ist nicht mehr Orientierungsmodell gesellschaftlicher Transformation. Sie prägte in unterschiedlicher Intensität die rot-grüne Regierungspolitik wie die christdemokratische Programmatik bis zum Leipziger Parteitag. Die These, dass der Nutzen des Standortes auch einer des Einzelnen sei, blieb für weite Bevölkerungsgruppen unbewiesen. Dass Einzelne, Manager wie Unternehmen, mit dem Nutzen des Standortes ihren Eigennutz verklären und sich im erheblichen Maße bereicherten, hat das Gerechtigkeitsempfinden der ganzen Bevölkerung verletzt. Das diesem Eigennutz, wie die aktuellen Steuerfahndungen zeigen, notfalls auch mit krimineller Energie gefolgt wird, wirft gar die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt auf.

Die Revision der Angebotsorientierung wurde durch die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre befördert. Sie eröffnete wieder Verteilungsspielräume, verbreiterte staatliche Handlungsmöglichkeiten und belebte Nachfragekonzepte.

Doch nicht nur diesseits der Union sieht man sich durch diese Entwicklung bestärkt, auch die Union selbst vermochte sich ihr mit einer erstaunlichen Geschmeidigkeit anzupassen, ohne nennenswert interne Friktionen zu zeigen. Ihr Wandel ist gleichfalls Teil der Erzählung vom

Linkstrend. Doch auch wenn die „neoliberale“ Philosophie im Niedergang begriffen ist, an der realen Unkontrollierbarkeit ökonomischer Prozesse durch politische Entscheidungen hat sich wenig geändert – Nokia und die Hypothekenkrise sind vorläufig letzte Beispiele. Kaum soll diesem Linkstrend nun ein Linksbündnis folgen, zeugt der Niedergang der Börse von einer Verschiebung der Tektonik. Die Wachstumskurve neigt sich wieder. Erste Auswirkungen werden bereits die anstehenden Tarifverhandlungen zeigen. In Folge werden sich auch die staatlichen Verteilungsspielräume wieder verengen. Damit verschlechtern sich die Möglichkeiten einer linken Politik, zumal diese verstärkt mit den bekannten Schwierigkeiten des föderal und korporatistisch vermachteten Systems mit all seinen Veto-Spielern zu kämpfen haben wird. Die Wählerschaft mit ihrem feinen Sensorium für das Machbare favorisiert aus diesem Grund bei unklarer Lage eine Große Koalition. Wer stattdessen eine Mehrheit diesseits der Union ins Auge fasst, sollte all diese Hindernisse gleichfalls im Blick haben.